

Ulrike Guérot

Europas „Bewegungslandschaft“ oder was ist europäische Zivilgesellschaft?

1 Einleitung

Es ist Bewegung gekommen in die europäische Zivilgesellschaft; überhaupt in die europäische Meinungs- und Diskurslandschaft.¹ Inzwischen scheint auch bei „normalen Bürgern“ angekommen zu sein, dass das europäische Projekt in eine extreme Schiefelage geraten ist und dass viele Dinge des ganz privaten Lebens – das eigene Geld, der Euro, die Sicherheit vor Terror, die freie Turnhalle für den Schulsport der Kinder – von der Handlungsfähigkeit der EU abhängen, diese aber nicht gegeben ist. Die Erfahrung der Unmittelbarkeit europäischer Entscheidungen für das eigene Leben ist neu; das Versagen der europäischen Institutionen führt konsequenterweise zu Vertrauensverlust: Während 2007 noch 57% der EU-Bürger den europäischen Entscheidungsträgern vertrauten, sank jener Prozentsatz in 2013 auf 31% (Europäische Kommission 2013).

Die schnelle Abfolge von europäischen Krisen, in den letzten Jahren eine Banken-, Staatsschulden- und Eurokrise, hat sich alleine in diesem Jahr zu einer *Grexit*-, Flüchtlings- und jetzt Terror-Krise verdichtet. Europa scheint am Abgrund, die „europäische Zivilgesellschaft“ indes im Aufbruch. Ihr Ruf nach Gehör wird immer lauter angesichts eines Systems, das immer weniger Lösungskapazitäten bereitzuhalten scheint, kaum greifbare Lösungen produziert und überdies in einem tiefen Reformstau zu stecken scheint. Je größer dieses Empfinden, desto mehr rückt „die Zivilgesellschaft“ in den Mittelpunkt der europäischen Betrachtung: Was macht sie, wohin will sie, was treibt sie an?

Damit stellt sich aber zunächst die Frage: Was ist eigentlich Zivilgesellschaft? Wissenschaftliche Definitionen scheinen kaum zielführend oder greifen doch zu kurz, wenn etwa Philipp van Amersfoort (2005: 396) in dem Versuch einer umfassenden Definition die moderne Zivilgesellschaft beschreibt „als einen Zusammenschluss einer Vielzahl von Organen, die selbst-

¹ Dieser Artikel entstand mit maßgeblicher Unterstützung von Johanna Schelle, die im Winter 2015 Programm-Assistentin am *European Democracy Lab* in Berlin war. Sie hat weitgehend die Recherche für diesen Artikel übernommen und einen Rohentwurf vorbereitet. Dieser kleine Beitrag ist der Vorlauf zu einer größeren Publikation über Europa und soziale Bewegungen, der im nächsten Frühjahr erscheinen soll. Daher ist der vorliegende Aufriss nicht als wissenschaftlicher Beitrag gedacht; vielmehr möchte er zunächst persönliche Überlegungen und Beobachtungen aus der europapolitischen Praxis der Berliner (und europäischen) Think-Tank Praxis zum Thema Zivilgesellschaft formulieren.

verwaltend, überparteilich, sowie verfassungsmäßig unabhängig sind (...) und zum größten Teil durch Voluntarismus funktionieren.“ Mit dem Zerfall der Sowjetunion entstand eine neue Auffassung des Begriffs hin zu einer Freiheitsbewegung gegen das totalitäre System, die vor allem von Arbeiterorganisationen sowie der bürgerlichen Mittelschicht getragen wurde (van Amersfoort 2005). Womit sofort die Frage gestellt ist: wer rechnet wen zur „bürgerlichen Mittelschicht“? Der Begriff Zivilgesellschaft scheint anderen *zivilen* Bewegungen kaum gerecht zu werden: Umfasst er auch jene, die inzwischen jeden Montag in Dresden bei *Pegida*-Demonstrationen mitmachen? Der Begriff der Zivilgesellschaft hat eine positive normative Konnotation, die man mit *Pegida* erst einmal nicht in Zusammenhang bringt. Aber auch bei *Pegida* trifft sich die Mittelschicht und auch *Pegida* ist voluntaristisch organisiert.

Oder geht es nur um die sogenannte „organisierte“ Zivilgesellschaft, und, wenn ja, national oder europaweit? Ist es nur dann Zivilgesellschaft, wenn die EU-Kommission in „Stakeholder Meetings“ NGOs und Umweltorganisationen in die Beratungen zum TTIP-Abkommen strukturiert miteinbezieht oder eine „European Citizens‘ Initiative“ startet? Oder ist es auch Zivilgesellschaft, wenn europäische, progressive Protestler im Mai 2015 eine Anti-EZB-Demonstration in Frankfurt am Main veranstalten, bei der es zu gewaltsamen Ausschreitungen kommt? So hatte z.B. das *Blockupy*-Bündnis durchaus eine länderübergreifende Wirkung. Es beschreibt sich selbst in seinem Programm als Teil eines europaweiten Netzwerks, das durch soziale Netzwerke und gemeinsame Hashtags die räumliche Trennung seiner Mitglieder überbrückt und ein transnationales *Movement* schafft². Tatsächlich gehörten die Aktionstage im Mai 2012 zu den größten Demonstrationen in Europa während der Krise. Die Proteste wandten sich gegen die Krisenbewältigungsstrategie der Troika und die Sparmaßnahmen in Europa (Bieling et al. 2013).

Das V-Dem Institute aus Göteborg hat im Oktober 2015 einen „Civil Society Index“ vorgelegt, der – sehr knapp verkürzt – nicht nur das Wachsen der europäischen Zivilgesellschaft beschreibt, sondern auch der gesellschaftlichen Resilienz der europäischen Zivilgesellschaft ein positives Zeugnis ausstellt. Die europäische Zivilgesellschaft insgesamt sei wachsamer und achtsamer geworden, verstärkt zu bürgerschaftlichem Engagement bereit, bereit also, aktiv zu werden und bereit, die Werte moderner demokratischer Gesellschaften zu schützen und zu verteidigen. Dennoch erschließt sich dem Praktiker aus dem parapolitischen Raum der europäischen *Think Tank Community* bei der Lektüre der Studie nicht unmittelbar, was hier eigentlich gemessen wird (Bernhard et al. 2015), ist doch die Bandbreite von zivilgesellschaftlicher Teilhabe am europäischen Diskurs bis hin zu Engagement, Mitarbeit oder Aktivismus, gar Demonstrationen oder Kampagnen kaum noch überschaubar. In der *neogramscianischen* Definition, die in modernen komparativen Studien gerne als zentrales Analyse-Konzept für Zivilgesellschaft verwandt wird, gehört der *Underground* oder gehören Pro-

² Blockupy, Webaufttritt unter <http://blockupy.org>. [12.01.2016]

testbewegungen, die gegen „autoritäre Regime“³ vorgehen, eindeutig zur Zivilgesellschaft. Wo also ist dann die Grenze zwischen schwach legitimiert und autoritär? Denn genau um diese Frage ginge es ja, wenn sich als zivilgesellschaftliche Ausformung z.B. die *Commune of Europe*⁴, als Anti-These zur EU definiert, mit deutlichem Bezug zu den Barrikaden von Paris im 19. Jahrhundert, also de facto mit revolutionärem Vokabular.

2 Das europäische „Wir“ und die Suche nach dem anderen Europa

Auch den klassisch politischen Teilen der Zivilgesellschaft, die sich nicht als *Underground* oder Sub-Kultur verstehen, geht es unverkennbar um die Suche nach einem alternativen Europa. Die vergangene Ausgabe der NEON, einer Zeitschrift für junge Leser aus dem Hause Stern, titelte in verschiedenen Sprachen „WIR sind Europa - ein Europa Manifest“. Das „Wir“ ist hier nicht länger national, während sich Zivilgesellschaft früher maßgeblich in nationalen Kontexten organisierte. Aktuelle europäische Bewegungen richten sich gegen EU-Institutionen (Wigger/Horn 2014), aber sie mobilisieren sich für ein anderes Europa. Was entsteht, so argumentieren Sozialwissenschaftler, ist eine „partizipatorische Revolution“ (Kaase 1984: 299), die dazu führt, dass bestimmte Bewegungen an Kraft gewinnen und transnational wirken. Historische Vorläufer – Ostermärsche, Anti-Atomkraft- oder Vietnam-Demonstrationen der 1970er Jahre – unterstreichen die Krisentheorie der Sozialwissenschaft, die davon ausgeht, dass Proteste ein Resultat „gesellschaftlicher Krisenerscheinungen“ sind (Roth/Rucht 2008). Das, was soziale Bewegungen verändern wollen, ist dabei häufig auch ihr Entstehungsgrund. Durch die in einer Krise empfundene Bestandbedrohung und die daraus entstehende spürbare Deprivation gewinnen soziale Bewegungen an Zulauf (Brand et al. 1986).

Mit Blick auf die europäischen Protestbewegungen ist derartiges – indes sehr eklektisch – durchaus zu beobachten. An der Berliner Volksbühne wird eine solche „partizipatorische Revolution“ und mit ihr das „Ende der europäischen Demokratie“ inszeniert in Form einer Diskussion mit dem slowenischen Starphilosophen Slavoj Žižek, wobei ein Hauch von Che Guevara in der Luft liegt⁵. Am Schauspielhaus Wien wird „Punk & Politik“ „gegen Brüssel“ und für eine transnationale Demokratie inszeniert (Pohl 2015). Ein ehemaliger griechischer Finanzminister tourt durch Europa und vertritt „one (...), but radical idea: to democratise Europe“ (Sakalis 2015). Ist er jetzt Zivilgesellschaft? Eine sprichwörtliche ganze „Armee“ von Zivilgesellschaft scheint derzeit angetreten, dem EU-System den Garaus zu machen. Die europäische Zivilgesellschaft demonstriert, formiert sich, ist aktiv und durchaus sichtbar, for-

³ Was auf das heutige Russland und seine jüngste Gesetzgebung, NGOs als „ausländische Staatsfeinde“ zu bezeichnen, sicherlich noch zutrifft, mit Blick auf die EU – die zugegebenermaßen schwach input-legitimiert ist – wäre aber die Frage aufzuwerfen, ob sie als *autoritär* bezeichnet werden kann.

⁴ Die Commune of Europe – Webauftritt unter <http://www.thecommuoneofeurope.org> - versteht sich als „autonome Bewegung“ und „interventionistische Linke“.

⁵ Diskussionsrunde mit Jürgen Kuttner und mit Slavoj Žižek am 21. November 2015.

dert Transparenz und Partizipation. Wer dieser Tage im Internet surft, findet unzählige europäische Internet- und Bürgerinitiativen, also ganz viel europäische und globale Zivilgesellschaft, deren Vernetzung und öffentlicher Diskurs als Vorform einer europäischen Öffentlichkeit sogar schon messbar und empirisch belegbar sind (de Wilde et al. 2013). Manchmal wird Europa nur durchreist und beschrieben, manchmal werden konkrete politische Forderungen erhoben. Die Bandbreite der europäischen Zivilgesellschaft reicht vom „gemeinsamen Stricken“ entlang der Donau⁶ über Jugendtouren durch Europa (Herr et al. 2015) hin zu transnationalen, europäischen Jugendfestival⁷ oder Unterschriftenaktionen für die Anwendung von Artikel 7 EUV auf Ungarn⁸. Positiv anzuführen ist hier natürlich, dass die „Willkommenskultur“ im „Flüchtlingssommer“ 2015 weitgehend von der deutschen Zivilgesellschaft getragen wurde. Und es fühlt sich alles auf den ersten Blick erst einmal gut an. Somit könnte die Hypothese aufgestellt werden, dass die Zivilgesellschaft ein zuverlässiger *Relay* bei menschlichen Katastrophen ist, als politisches Instrument bei systemischen Problemen indes eher wenig hilft; ferner bleibt an dieser Stelle zu konstatieren, dass die Zivilgesellschaft, so positiv dies in Deutschland bei der Flüchtlingsfrage zu beobachten war, dennoch nicht verlässlich, dauerhaft belastbar oder gar als Substitut für staatliches Handeln zu setzen ist, da das freiwillige Engagement der Bürger staatlicherseits schlechterdings nicht veranlasst oder gar befohlen werden kann. Der (positive) zivilgesellschaftliche *Claim* muss daher immer rückgekoppelt werden mit der eigentlich negativen Tendenz des Staatsabbaus und der Erosion staatlicher Tätigkeit in Kernbereichen der Gesellschaft.

Es scheint eine Blütezeit der Zivilgesellschaft angebrochen, die als Lösung für die systemische Krise der EU, zum *Relay*, zum Transmissionsriemen für eine *bessere* Gesellschaft avanciert. Wo noch vor wenigen Jahren höchsten Insider den Begriff Zivilgesellschaft kannten – ebenso wenig wie den des „Narrativ“, das zu suchen Europa sich vor geraumer Zeit aufgemacht hat – ist die Literatur zum Thema Zivilgesellschaft heute überbordend (Müller-Pelzer 2015). Hauptsache möglichst viele partizipieren, dann haben wir eine bessere Welt, so möchte man glauben. Die Schnelligkeit mit der sich Stiftungen, Akademien, Diskurs und Medien in den letzten Jahren als Reaktion auf eine tief empfundene Malaise der politischen Systeme vor allem mit Blick auf Europa auf die Begriffe Transparenz, Partizipation und Zivilgesellschaft eingestellt haben⁹, denen fast der Charakter einer Heilserwartung innewohnt, macht indes etwas perplex.

⁶ Preisträger Europa-Professionell 2015: „Die gewollte Donau“, Webauftritt unter <http://thewanteddanube.eu/germany>. [12.01.2016].

⁷ European Alternatives, Belgrade Festival, 1.-5. Oktober 2015, Webauftritt unter <https://euroalter.com/>. [12.01.2016].

⁸ Act4democracy, Webauftritt unter <http://act4democracy.eu/>. [12.01.2016].

⁹ Ähnlichen Auftrieb haben im derzeitigen Europa-Diskurs die Begriffe Transparenz, Solidarität, Subsidiarität oder sogar der Begriff der Demokratie selbst, die indes – in ihrem weitgehend formalen Gehalt – alle schnell in diskursive Schief lagen führen können (Baumann 2014).

3 Fehlende Antworten

Denn warum sollte die Zivilgesellschaft eine Antwort auf die fundamentale Systemkrise haben, in der die EU steckt, gar die „Lösung“ sein? Und welche Möglichkeiten sollte die Zivilgesellschaft haben, die „post-demokratischen Zustände“ der EU, die inzwischen auch wissenschaftlich ausgelotet sind, zu ändern? *Wie* sollte sie das tun?

Der Ruf nach zivilgesellschaftlicher Partizipation scheint das Korrelat zum Zustand der Post-Demokratie zu sein, so wie von Colin Crouch (2008) beschrieben: „You can always vote, but you have no choice“. Die sogenannte „15-M“-Bewegung, häufig auch *Indignados* („die Empörten“) genannt, gründete sich ein paar Tage vor den Parlamentswahlen in Spanien am 15. Mai 2011 (Nofre/Feixa 2013). Der Grund war die Aufstellung der Parteien, deren Programme sich in den Augen der Bürger zu sehr ähnelten und damit keine politische Alternative boten. Letztlich bemerken wir die Entkernung, die Aushöhlung von funktionaler Demokratie und von institutioneller Wirkungsmächtigkeit angesichts eines rigiden Systems, den Leerlauf von Opposition und Wahlakten sowie das Gefühl, die Dinge nicht ändern zu können, keine *andere* Politik machen zu können. Demokratie scheint zu einer Formalität zu verkommen, obwohl wir formal – durch Wahlen, durch zahllose „Stakeholder Meetings“, durch Bürgerinitiativen, durch Kampagnen etc. – durchaus partizipieren dürfen und auch aktiv partizipieren. Aber trotzdem offensichtlich keine *Gestaltungsmacht* haben: Millionen von Unterschriften gegen das TTIP-Abkommen werden wahrscheinlich nichts daran ändern, dass das Europäische Parlament für das TTIP-Abkommen stimmen wird. Wenn dies aber zutrifft: ist dann eine „Verstetigung der europäischen Zivilgesellschaft“ und mehr Partizipation die Lösung? Ist die Eurokrise eine Chance, mehr Partizipation unser Glück? Doch sicher nicht!

Wer will schon permanente bürgerliche Achtsamkeit, wer will jeden Dienstag demonstrieren, um den Pegida-Megaphonen etwas entgegenzusetzen, wer hat endlos Zeit, im Internet über Europa zu diskutieren? Möchten wir nicht eher ein funktionierendes europäisches System, ausgestattet mit erkennbarer *Input-Legitimität* und mit ausreichender *Output-Effizienz*, so dass am Ende dabei sehr viel europäische *res publica*, also öffentliche Güter, ein gutes Gemeinwesen für alle Bürger in Europa herauskommt, und zwar so, dass man sich nicht mehr über Europa aufzuregen oder sich Sorgen zu machen braucht, weil die EU dann einfach systemisch funktioniert? Würden wir nicht doch lieber am Wochenende wieder ins Theater gehen oder einfach spazieren?

4 Der „europäische Maschinenraum“

Ist nicht der „europäische Maschinenraum“ als das institutionelle *Set-Up* der europäischen Institutionen in seiner jetzigen Form – ein Parlament ohne Initiativrecht und ohne Budget und ein dysfunktionaler EU-Rat – das eigentliche Problem, an dessen permanenter „Produktion von Krisen unter selbstreproduzierenden Bedingungen“ die Zivilgesellschaft bestenfalls an der Oberfläche kratzt, ohne wirklichen Zugang zu haben, um die europäischen Verhältnisse durchgreifend ändern und verbessern zu können? Allenfalls kann Zivilgesellschaft Miss-

mut äußern; Vorschläge in den öffentlichen Raum transportieren; einige der schlimmsten systemischen Fehlgriffe – z.B. bei TTIP – durch eine *Watchdog*-Position¹⁰ von zivilgesellschaftlichen Akteuren abmildern, die sich hier durchaus institutionalisiert z.B. mit Blick auf die Regulierungstätigkeit der EU-Kommission geradezu in einer Art „regulativem Stellungskrieg“ befinden und in kleinstteiligen Komitologie-Gefechten etwa bei Chemikalienrichtlinien um Zahlenwerte hinter dem Komma und Punkte fechten. Heutige Bewegungen zeigen durchaus strukturelle Defizite des institutionellen Gefüges auf und können gegebenenfalls Dinge abmildern, bestenfalls verhindern, aber sie propagieren kaum wirkliche „Gegeninstitutionen“ (Rucht 2002: 6). In diesem Zusammenhang wird gerne darauf verwiesen, dass z.B. durch zivilgesellschaftliches Engagement – in diesem Fall eine Unterschriftenaktion – die Wasserrichtlinie der EU (und damit die Privatisierung der Wasserbetriebe) verhindert werden konnte. Das ist sicher begrüßenswert; dennoch bleibt die Frage nach der Politiksteuerung, konkret: warum muss *ex-post* etwas verhindert werden, weil es *ex-ante*, also systemisch, nicht verhindert werden kann, da das EU-System sich offensichtlich in weiten Teilen von der Produktion akzeptabler öffentlicher Güter für die Gesamtheit der europäischen Bürger verabschiedet hat. Als Negativ-Beispiele könnten hier angeführt werden, dass die Finanzmarkttransaktionssteuer trotz großen Engagements ziviler Akteure vom EU-Rat torpediert wurde; oder aktuell die „Better Regulation“-Initiative der EU-Kommission, gegen die die gesamte Bandbreite der organisierten Zivilgesellschaft mobilisiert, da sie zentrale demokratische Mechanismen im EU-System aushebelt. Aber auch diese Richtlinie konnte nicht verhindert werden.

Damit drängt sich die Frage auf, ob Partizipation¹¹ – und die Ambition einer Verstetigung von europäischer Zivilgesellschaft – die richtige Frage, gar die richtige politische Forderung ist, um das Europa der Euro-, Flüchtlings- und neuerdings auch Terrorkrise vor dem Abgrund zu bewahren?¹² Zumal auch die Abgründe unterschiedlich konnotiert sein dürften: Was ist der

¹⁰ Finance Watch, Webauftritt unter <http://www.financewatch.org>. [12.01.2016]. Auch Lobby-Control, Abgeordneten-Watch etc., sind alles Einrichtungen, die eigentlich eine permanente „Systemüberwachung“ inszenieren, womit die Frage aufzuwerfen wäre, ob systemischer Missbrauch quasi schon institutionalisiert ist, so dass dies nötig ist? Für einen tiefen Einblick in das Paradoxon, dass trotz massiver zivilgesellschaftlicher Aktivität das eigentliche Problem immer größer wird, siehe Schumann (2015).

¹¹ Wobei hier nicht *grundsätzlich* gegen Partizipation argumentiert werden soll; in lokalen oder kommunalen Räumen hat diese sicher einen konstruktiven Platz, hier muss je nach Politikebene ausdifferenziert werden. Aber auch hier müsste jeweils ausgelotet werden, ob sich hinter dem Begriff Zivilgesellschaft nicht oft (oder auch) ein Kampf um die Privilegien einer bürgerlichen Minderheit versteckt, durch den letztlich der verfassungsrechtliche Grundsatz „Gemeinwohl kommt vor Eigenwohl“ durchbrochen wird (z.B. „Wutbürger“ in Stuttgart oder die bayrischen Initiativen gegen die neuen Stromtrassen im Rahmen der Energiewende). Dazu umfassend Walter (2013).

¹² Gegen das durchaus problematische politische Mandat für europäische Kampfeinsätze gegen den IS gelang indes nicht einmal eine Großdemonstration, wie seinerseits in London oder Berlin nach der US-Invasion im Irak 2003.

Abgrund für Europa? Ein kosmopolitisches Europa der „Willkommenskultur“ dürfte der „europäische Abgrund“ für viele *Pegida*-Demonstranten wie auch für viele „zivile“ Osteuropäer von Polen bis Ungarn sein, während ein re-nationalisiertes, populistisches Europa umgekehrt der Abgrund für eine progressive, engagierte und zivilgesellschaftlich in vielen Foren aktive „Erasmus-Jugend“ wäre.

Der Begriff der Zivilgesellschaft und ihrer Verstetigung führt also in die Irre. Was zur Zeit verhandelt wird – und dies durchaus mit viel Bewegung an der politischen Oberfläche, ganz egal ob es dabei um Klima, Nachhaltigkeit, Post-Wachstumsgesellschaft, Flüchtlinge oder Europa geht – ist eine Öffnungs- vs. eine Schließungs-Agenda, die beide jeweils sehr viel Zivilgesellschaft mobilisieren. Es sind alles Fragen, die die Gesellschaft polarisieren, gar spalten: Zivilgesellschaftlich steht in der Flüchtlingsfrage *Pegida* gegen *Refugees Welcome*. Was hier also eigentlich verhandelt wird, ist die Verlagerung der politischen Willensbildung vom geschlossenen Parlamentsraum in den öffentlichen Raum, von einer Meinungsbildung durch Parteien zu einer Meinungsbildung auf der Straße. Womit dann die Frage ist, welche zivilgesellschaftliche Seite gewinnt und wer die Mehrheit davonträgt bzw. überhaupt, wie die Mehrheitsfindung zu organisieren ist?

5 Über die Zukunft der repräsentativen Demokratie

Zivilgesellschaft tritt oft in Erscheinung mit der Ambition dem Populismus entgegenzuwirken; ihr haftet der Nimbus der moralischen Überlegenheit an. Als Populist darf aber eigentlich *a priori* niemand bezeichnet werden, nur weil seine Meinung nicht der herrschenden Meinung der nationalen europäischen Eliten entspricht (Müller 2013). Anstatt die Ursachen des populistischen Votums ernst zu nehmen und anzuerkennen, dass es dafür *reale* Gründe der *sozialen* und *kulturellen* Exklusion gibt, reagiert die politische Klasse – und die „organisierte“ Zivilgesellschaft – oft mit einer Moralisierung der sogenannten Populisten: Das eigene Argument wird moralisch höher gestellt, Populisten gelten als nicht integer, irrational, böswillig oder gefährlich, wobei die identitären Bedürfnisse der oft ländlichen Globalisierungsverlierer als konkurrierende Werteordnung nicht respektiert werden. De facto werden dadurch die Argumente der Anderen politisch entwertet, dem demokratischen Diskurs wird mithin selbst die Grundlage entzogen: Er muss zwangsläufig erodieren, wenn die politischen Argumente *a priori* nicht gleichwertig sind und in einer Polarisierung und Frontstellung enden, in der politische Überzeugungsarbeit letztlich nicht mehr funktioniert.

Verhandelt wird derzeit also nichts Geringeres als der Fortbestand der repräsentativen Demokratie, wie wir sie kennen. Um die Rousseausche Terminologie zu bemühen: wo die *volonté générale* offensichtlich nicht mehr genügt und erodiert, zu viele Verlierer produziert oder pervertiert erscheint von wahlweise Finanzmarkt, Handels- oder Big-Data-Lobbies, wo das allgemeine Gute also nicht mehr sichtbar ist, es zu viele Systemverlierer gibt, die zu Sys-

temgegnern werden können, floriert die *volonté de tous*, der addierte Wille aller¹³. Im progressiv-elitären Spektrum ist das „die Zivilgesellschaft“, die auf Teilhabe und Partizipation pocht; auf der anderen Seite schlicht „das Volk“, das – gerade mit Blick auf Europa – derzeit auf der Straße ist und Referenden fordert.

Es geht also um Plebiszit gegen Repräsentation. Das aber ist gefährlich, denn die Mehrheit der Straße ist keine Demokratie, sondern, wie schon die alten Griechen wussten, jener „Mob“, den Sokrates gefürchtet und der ihn schließlich sogar hingerichtet hat. Dieser Logik entkommen könnte man lediglich, wenn man Zivilgesellschaft gleichsam elitär abgrenzen wollte und *dem Volk* letztlich die Qualität von Zivilgesellschaft absprechen würde. Wer aber würde darüber befinden wollen, wer *civil* ist und wer nicht?

Statt zivilgesellschaftlicher Partizipation müsste es also das eigentliche Ziel sein, das politische System in Europa wieder zum Laufen zu bringen, wieder eine *volonté générale*, einen allgemeinen Willen zu produzieren, der den Bedürfnissen der großen Mehrheit gerecht wird, der einer *res publica europaea*, der öffentlichen europäischen Sache dient. In seinem Buch „The Society of Equals“ bringt Pierre Rosanvallon (2013) das auf den Punkt. Nach ihm geht es bei Demokratie nicht in erster Linie um Partizipation, sondern vielmehr um das Prinzip der Gleichheit und er erinnert an den Grundsatz der französischen Revolution: *liberté, égalité, fraternité*. Freiheit ist nur *mit Gleichheit zusammen* denkbar. Wo in Europa formale Demokratie angeboten, die soziale Frage aber nicht gelöst bzw. das Gleichheitsversprechen der Gesellschaft nicht – wenigstens bis zu einem bestimmten Grad – eingelöst wird, hat das demokratische System versagt, weil es seine Funktion nicht mehr erfüllt. Mehr als um Partizipation geht es bei der Demokratie um die Erhaltung sozialer Körper. Dazu passt die Renaissance republikanischen Denkens, das augenblicklich überall in der politikwissenschaftlichen Debatte zu beobachten ist und in dem der Begriff des Gemeinwohls, der *commons* oder Allmende vor allem in sozialen Bewegungen neu besetzt und reflektiert wird (Besson/Martí 2009; Nowrot 2014).

¹³ Das Argument, das hier in dem längeren Beitrag entwickelt werden wird, ist, dass der Ruf nach Zivilgesellschaft de facto eine Reaktion auf ein kolossales Elitenversagen ist, die das politische EU-System – das aufgrund eines zwischen nationaler und europäischer Ebene gleichsam zerriebenen Parlamentarismus kein institutionell eingebautes Selbstkorrektiv hatte und dadurch zur „leichten Beute“ werden konnte – durch massierte Anstandslosigkeit zur „Selbstbedienung“ genutzt und in eine quasi systemische Perversion getrieben haben, anstatt der *volonté générale* zu dienen (Grimm 2015). An der Finanzkrise kann das leicht und gut nachgezeichnet werden. Zu einem falsch – weil amoralisch – verstandenen Verständnis von Liberalismus, siehe Michéa (2007). Nicht von ungefähr weisen progressive Ökonomen wie Joseph Stiglitz (2012) seit Jahren darauf hin, dass, ist ein Gini-Koeffizient von rund 25 Prozentpunkten erst einmal überschritten, er sich systemisch in Richtung immer größere Ungleichheit selbst verstärkt und der Mangel an Gleichheit die Demokratie dann systemisch in Gefahr bringt. Die Demokratie erodiert, wie wir das heute in der „Weimarisierung Europas“ (von Lucke 2015) bemerken. Folgt man dieser Hypothese, dann wären die positive Konnotation der Zivilgesellschaft in ihrer heutigen – herkömmlichen – Lesart und ihr augenblicklicher Auftrieb eher ein Indiz für die Unruhe und Nervosität in der (bürgerlichen) Gesellschaft, dass eben genau dies gerade in Europa passiert.

Die Forderung nach Aktivierung und Verstetigung einer europäischen Zivilgesellschaft wäre dann ein Ablenkungsmanöver, ein Nebenkriegsschauplatz, der am *eigentlichen* Kern vorbei geht, nämlich an der Tatsache, dass wir einen neugestalteten europäischen Parlamentarismus brauchen, eine andere *Input-Legitimität* für die EU-Institutionen, die uns regieren, ein System, in dem Opposition funktioniert, und das funktionierende Transmissionsriemen für eine *andere* Politikgestaltung hat. Den „Abgrund Europas“ überwinden wir nicht mit mehr *Transparenz*, mehr *Partizipation* oder mehr *Konfliktlösung* und schon gar nicht mit *Konsens*, eben jenen Begriffen, auf die sich der augenblickliche europäische Diskurs eingeschossen, um nicht zu sagen: in denen er sich festgefahren hat. Mehr *Partizipation* schafft Marine Le Pen nicht aus der Welt, mehr *Transparenz* entmachtet Orban nicht, mehr *Konfliktlösung* hilft der Ukraine nicht, mehr *Konsens* führt nur zu Stillstand.

6 Es geht um Macht

Darum kommt vor allem ein Begriff in den Diskurs zurück und zwar der der Macht, gepaart mit dem der Werte, vor allem dem Wert des Sozialen an sich als Antipode zu einer als alternativlos gesetzten Ökonomisierung der Welt. Es geht, um Chantal Mouffe (2007) zu zitieren, um die Wiederkehr und die Wiederentdeckung des Politischen selbst. Mouffe erlebt derzeit mit ihren radikalpolitischen Thesen eine Renaissance – besonders bei jüngeren Lesern – wenn sie gegen den „Empire“-Diskurs von Hardt und Negri (2002) ins Feld führt, dass das „hegemoniale Empire“ – gemeint ist die neo-liberale Weltordnung und das globalisierte Marktsystem – sich nicht von selber auflösen werde, sondern dass man einen ausdauernden und gezielten „Stellungskrieg“ gegen alle „Knotenpunkte“ dieses System führen müsse (Mouffe 2009). Eine (linke) Gegenmacht müsse „politisch gebündelt“ werden, um jenseits von Demonstrationen der *Multitude* von Hardt/Negri, die Mouffe als unpolitisch („Exodus“) bezeichnet, eine Alternative zum bestehenden System aufzubauen. Zivilgesellschaft ist aber gerade keine solche Macht, sie ist nicht gebündelt und läuft darum allzu oft ins Leere. Nur am Rande sei erwähnt, dass die Bündelung von politischer Macht genau das ist, was den Populisten derzeit in Europa überall fast mühelos gelingt, und zwar durch die Herausbildung von Parteien: die AfD und der FN, Jobbik, Fidesz und die FPÖ, UKIP oder die schwedischen Demokraten, sie alle haben längst die nationalen Parteiensysteme gekapert und sind zu entscheidenden politischen Faktoren in den jeweiligen nationalen politischen Systemen geworden. *Blockupy* kann das nicht von sich behaupten.

7 Vom gemeinsamen Rotieren im Netzwerk

Das Gros der zeitgenössischen *Anti-Austerity*-Bewegungen entstand in Europa zwischen 2010 und 2013. Diese Bewegungen erfüllten die grundlegenden Charakteristika einer sozialen Bewegung im Sinne von James/van Seeters (2014). Es ging um *Grassroot*-Proteste von unten gegen vorherrschende Regime der Wirtschaft, Politik und Ökologie. Aber eine zentrale Bedingung, die James und van Seeters, aber auch Hopke (2015) als bestimmendes Element

sehen, nämlich die Herausbildung einer gemeinsamen Identität, war nicht erfüllt. Die Bildung einer europäischen Protestpartei gelang mithin nicht.

Es wird an keinem gemeinsamen Strang gezogen. Zu sehen ist das anhand von geplanten Pan-Europäischen Solidaritätstreffen wie „Firenze 10+10“ oder dem „Alter Summit“ in Athen, die verschiedene Aktivistengruppen, soziale Bewegungen und andere zivilgesellschaftliche Organisationen versammelten und eine europäische Bewegungsdynamik herstellen sollten. Der erwünschte Zulauf blieb allerdings aus; mit weniger als 1000 Teilnehmern in Florenz mangelte es auch an medialer Berichterstattung und dadurch an der Aufmerksamkeit der breiten Öffentlichkeit (Wigger/Horn 2014). Beim „Alter Summit“ in Athen im Juni 2013 konnten die Veranstalter im Wesentlichen auf die Unterstützung von SYRIZA zählen. Der Gipfel wurde später als eine ungeheure Verschwendung von Mitteln kritisiert und ging weitestgehend unbemerkt an der griechischen Bevölkerung vorbei (Vogiatzoglou 2013). Der Grund liegt wohl in zeitlichen und räumlichen Divergenzen der Europakrise. Die Krise hat sich, angesichts heterogener Ursachen, ungleich in europäischen Ländern entwickelt und zu „fragmentierten Konfliktodynamiken“ (Bieling et al. 2013: 231) geführt.

Eine klar definierbare europäische Zivilgesellschaft ist nicht entstanden – aber viel Bewegung im Netz und an der Oberfläche. Neue Formen von Demokratie werden getestet – *Liquid Democracy*, *Appstimmung*, *Civocracy*. Wir spüren, dass der Rahmen, die Statik der herkömmlichen (nationalen) repräsentativen Demokratie aufgebrochen wird, vor allem durch das Internet, haben aber einen neuen Rahmen für repräsentative Demokratie sowohl unter transnationalen, als auch unter neuen technischen Bedingungen noch nicht gefunden. Die Zivilgesellschaft hat durchaus eine sichtbare transnationale Dynamik und das ist sicherlich *gut*. Die europäische Zivilgesellschaft ist damit Vorform oder auch der Vorbote einer europäischen Politisierung – aber noch keine europäische Politik. Diejenigen, die an alternativen Politikkonzepten arbeiten, die eine andere Weltordnung einfordern, die die kritischen Debattenforen in Europa bevölkern, sind heute, bedingt durch das Internet, meistens jung, digital, vernetzt, *post-party* und *no hierarchy*. Aber ihnen gelingt keine Interessenbündelung, wie das etwa bei den GRÜNEN noch gelungen ist. Asymmetrische Strukturen, wie etwa Partei und Führung, Macht und Hierarchie werden nicht mehr akzeptiert (Nassehi 2015). Damit können sie sich unter gegebenen institutionellen Bedingungen nicht durchsetzen und bekommen kaum Gehör. Der Vernetzungs-Hype der Zivilgesellschaft nützt ihr nur bedingt. Ein Installationskünstler hat kürzlich eine kleine Kunstperformance inszeniert und auf verschiedenen Videos Folgendes dokumentiert: Fünf Personen sollten an einer Töpferscheibe zusammen eine Schüssel formen. Es geht nicht. Nur mit Partizipation kommt man also nicht weiter. Derweil schnappen sich die Populisten die nationalen politischen Systeme.

Was wir wirklich bräuchten, wäre eine „europäische Vergesellschaftung“ (Heidenreich 2014), eine konsequente Europäisierung nationaler Bürokratien, Administrationen, politischer Prozesse, Parteiensysteme, Strukturen und Öffentlichkeiten, die wie ein transnationales Zahnrad ineinander greifen müssten, damit sich die gesamten nationalen Gesellschaften quasi

systemisch europäisieren, alle Gesellschaftsbereiche europäisch organisiert würden: die Sozialsysteme, die Wahlsysteme etc. Dafür müssten die institutionellen Grundlagen und Mechanismen geschaffen werden. Das politische System Europa muss neu ausgestaltet werden, es muss organisiert, administriert werden, es muss auch eine europäische Elite ausgebildet werden, die dieses politische System Europa dann lenkt, aber mit Anstand, mit Gemeinwohlverpflichtung, eben zum Wohle aller Bürger, im Sinne einer europäischen *volonté générale*, einer *res publica europaea*, so wie nationale Eliten – vorgängig zu post-demokratischen Verhältnissen – auch die jeweiligen nationalen Systeme gelenkt haben.

Denn wir wollen nicht als Zivilgesellschaft an der Oberfläche eines EU-Systems kratzen, das sich davon nicht beeinflussen lässt. Wir wollen letztlich auch nicht mit Megaphonen bei Straßendemonstrationen um Mehrheiten buhlen, bei Demonstrationen mit *Pegida* konkurrieren und permanent Gegendemonstrationen organisieren. Und wir wollen komplexe Themen nicht in Plebisziten strittig stellen. Schon gar nicht in Europa!

Literatur

Baumann, Max-Otto 2014: Die schöne Transparenz-Norm und das Biest des Politischen: Paradoxe Folgen einer neuen Ideologie der Öffentlichkeit. In: *Leviathan*, Jg. 42, Heft 3, 398-419.

Bernhard, Michael/Tzelgov, Eitan/Jung, Dong-Joon/Coppedge, Michael/Lindberg, Staffan 2015: The Varieties of Democracy Core Civil Society Index, Working Paper Series 13, The Varieties of Democracy Institute, University of Gothenburg.

Besson, Samantha/Martí, José Luis 2009: Law and Republicanism: Mapping the Issues. In: *Besson, Samantha/Martí, José Luis* (Hg.): *Legal Republicanism. National and International Perspectives*. Oxford, New York: Oxford University Press, 3-36.

Bieling, Hans-Jürgen/Haas, Tobias/Lux, Julia 2013: Die Krise als Auslöser eines neuen europäischen Konfliktzyklus? In: *ZFAS*, Jg. 6, Heft 1, 231-249.

Brand, Karl-Werner/Büsser, Detlef/Rucht, Dieter 1986: *Aufbruch in eine andere Gesellschaft. Neue soziale Bewegungen in der Bundesrepublik*. Frankfurt: Campus.

Crouch, Colin 2008: *Post-Demokratie*. Berlin: Suhrkamp.

De Wilde, Pieter/Michailidou, Asimina/Trenz, Hans-Jörg 2013: *Exploring Euroscepticism in Online Media Coverage*. Colchester: ECPR Press.

Europäische Kommission 2013: *Eurobarometer 80*. TNS Opinion & Social, Brussels.

Grimm, Dieter 2015: Auf der Suche nach Akzeptanz. Legitimationsdefizite und Legitimationsressourcen der EU. In: *Leviathan*, Jg. 43, Heft 3, 325-338

Hardt, Michael/Negri, Antonio 2002: *Empire. Die neue Weltordnung*. Frankfurt am Main: Campus.

Heidenreich, Martin 2014: *Krise der europäischen Vergesellschaftung?* Bielefeld: Springer.

- Herr, Vincent-Immanuel/Speer, Martin/Moser, Katharina* 2015: Who if not Us? A Four-Step Guide to Empower Europe and Our Generation. Płonsk: The Young European Collective.
- Hopke, Jill* 2015: Occupy is not a Place. A Cross-Country Comparison of the 15M and Occupy Movements. In: *Convergence*, Jg. 1, 1-20.
- James, Paul/van Seeters, Paul* 2014: Globalization and Politics. Volume II. Global Social Movements and Global Civil Society. London, Los Angeles, New Dehli, Singapore: Sage.
- Kaase, Max* 1984: The Challenge of the 'Participatory Revolution' in Pluralist Democracies. In: *International Political Sciences Review*, Jg. 5, Heft 3, 299-318.
- Michéa, Jean-Luc* 2007: L'Empire du moindre mal. Essai sur la civilisation libérale. Paris: Flammarion.
- Mouffe, Chantal* 2007: Über das Politische. Wider die kosmopolitische Illusion. Berlin: Suhrkamp
- Mouffe, Chantal* 2009: Exodus und Stellungskrieg. Die Zukunft radikaler Politik. Wien: Turia und Kant.
- Müller, Jan-Werner* 2013: Anläufe zu einer politischen Theorie des Populismus. In: *Transit*, Heft 44, 62-71.
- Müller-Pelzer, Werner* (Hg.) 2015: Europe Renaissance. Essaying European Civil Society. Europa-Renaissance. Die europäische Bürgergesellschaft auf dem Prüfstand. Göttingen: Cuvillier.
- Nassehi, Armin* 2015: Die letzte Stunde der Wahrheit, Hamburg: Murman.
- Nofre, Jordi/Feixa, Carles* 2013: Policies of Inclusion? Some Thoughts on the ‚Los Indignados‘ Movement, the Emerging of the Neoliberal Penal State and the Criminalization of ‚Being Young‘ in Southern Europe. In: *Duxbury, Nancy* (Hg.): *Rethinking Urban Inclusion. Spaces, Mobilizations, Interventions*. In: *cescontexto*, Jg. 2, 338-350.
- Nowrot, Karsten* 2014: Das Republikprinzip in der Rechtsordnungsgemeinschaft. Methodische Annäherungen an die Normalität eines Verfassungsprinzips, *Jus Publicum*, Jg. 237, Tübingen: Mohr Siebeck.
- Pohl, Ronald* 2015: Punk & Politik: Kabarettstoff mit Brüsseler Spitzen. *Der Standard*. <http://derstandard.at/2000024894064/Punk-Politik-Kabarettstoff-mit-Bruesseler-Spitzen>. [25.10.2015].
- Rosanvallon, Pierre* 2013: *The Society of Equals*. Harvard: Harvard University Press.
- Roth, Roland/Rucht, Dieter* (Hg.) 2008: *Die sozialen Bewegungen in Deutschland seit 1945. Ein Handbuch*. Frankfurt: Campus Verlag.

Rucht, Dieter 2002: Vortrag im Rahmen der Gründungsversammlung für „Die Bewegungsstiftung – Anstöße für soziale Bewegungen“, Haus der Demokratie und Menschenrechte, Berlin, 02.03.2002.

Sakalis, Alex 2015: One Very Simple, but Radical, Idea: to Democratise Europe. An interview with Yanis Varoufakis. openDemocracy. <https://opendemocracy.net/can-europe-make-it/yanis-varoufakis-alex-sakalis/one-very-simple-but-radical-idea-to-democratise-eur>. [25.10.2015].

Schumann, Harald 2015: Rede zu „10 Jahre Lobby-Control“ vom 21. November 2015 in Berlin. <https://www.lobbycontrol.de/wp-content/uploads/Die-vollst%C3%A4ndige-Rede-von-Harald-Schumann.pdf>. [14.12.2015].

Stiglitz, Joseph 2012: The Price of Inequality. How Today's Divided Society Endangers Our Future. New York, London: W.W. Norton.

Van Amersfoort, Philippe 2005: European Civil Society. Asia Europe Journal. Jg. 3, Heft 3, 395-402.

Vogiatzoglou, Markos 2013: International Solidarity with the Greek Movement. In: Schols, Heleen/Hobbelink, Garan/Flesher Fominaya, Cristina/Trejo, Sat/Maeckelbergh, Mari-
anne/Vogiatzoglou, Markos/Cox, Laurence/Van den Berg, Ewout 2013: Social Movement and the European Crisis: Activist and Researcher Reflections. Interface, Jg. 5, Heft 2, 111-114.

Von Lucke, Albrecht 2015: EU in Auflösung? Die Rückkehr der Grenzen und die populistische Gefahr. In: Blätter, Jg. 2015, Heft 10, 45-54.

Walter, Franz 2013: Die neue Macht der Bürger. Was motiviert die Protestbewegungen? Reinbeck: Rowohlt.

Wigger, Angela/Horn, Laura 2014: Uneven Development and Political Resistance against EU Austerity Politics. In: Pradella, Lucia/Marois, Thomas (Hg.): Polarizing Development. Alternatives to Neoliberalism and the Crisis. London: Pluto Press, 248-259.

Autorin

Dr. Ulrike Guérot ist Politikwissenschaftlerin und Direktorin des European Democracy Lab an der European School of Governance in Berlin. Sie wurde im April 2016 als Universitätsprofessorin für Europapolitik und Demokratieforschung an die Donau-Universität Krems berufen und leitet das Department für Europapolitik und Demokratieforschung.

Kontakt: ulrike.querot@eusg.de

Der Beitrag ist zuerst im März 2016 erschienen im Forschungsjournal Soziale Bewegungen, Heft 1/2016, S. 82-93, im Themenschwerpunkt „Aufbruch am Abgrund? Europas Bewegungslandschaft in der Eurozonen-Krise“.

Redaktion

BBE-Newsletter für Engagement und Partizipation in Europa

Bundesnetzwerk Bürgerschaftliches Engagement (BBE)

Michaelkirchstr. 17/18

10179 Berlin

Tel.: +49 30 62980-114

europa-bbe@b-b-e.de

www.b-b-e.de